

Ressort: Politik

Brexit erhöht in Großbritannien Nachfrage nach Wiedereinbürgerung

Berlin, 19.10.2018, 01:00 Uhr

GDN - Vor dem Austritt Großbritanniens aus der EU wollen viele ehemalige deutsche Staatsbürger ihren deutschen Pass zurück. Während 2015 insgesamt nur 59 Anträge auf Wiedereinbürgerung bei den Auslandsvertretungen Deutschlands im Vereinigten Königreich eingingen, waren es 2016 schon 760, teilte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums auf Nachfrage der Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagausgaben) mit.

Im Jahr 2017 stellten sogar 1824 Personen einen Antrag auf Wiedereinbürgerung nach Deutschland, 2018 waren es von Januar bis September 1147. Im Juni 2016 hatten die Briten in einem Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Der größte Teil dieser Anträge auf einen deutschen Pass wird von Verfolgten des NS-Regimes und deren Familienangehörigen gestellt. Nach Artikel 116 des deutschen Grundgesetzes haben "frühere deutsche Staatsangehörige", denen in der Zeit des Nationalsozialismus die Staatsangehörigkeit aus politischen oder rassistischen Gründen entzogen worden ist, das Recht, einen Antrag auf den deutschen Pass zu stellen. Das Gesetz betrifft auch Nachfahren dieser NS-Verfolgten. Mehrere Zehntausend Juden waren zwischen 1933 und 1945 vor der Verfolgung durch die Nazis nach Großbritannien geflohen. Unter den insgesamt 3731 Anträgen auf Wiedereingliederung seit 2016 berufen sich 3408 Personen auf den Artikel im Grundgesetz, der Juden in Großbritannien den Weg zurück nach Deutschland ermöglicht. Das geht aus der Antwort einer Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag hervor, über die die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagausgaben) berichten. Der starke Anstieg der Anträge für einen deutschen Pass durch britische Bürgerinnen und Bürger zeige, dass viele "die Vorteile der Unionsbürgerschaft" in der EU behalten wollen, sagte der innenpolitische Sprecher der FDP, Konstantin Kuhle, den Funke-Zeitungen. "Das verwundert angesichts der chaotischen Brexit-Verhandlungslinie der britischen Regierung nicht." Die Europäische Union solle nicht vergessen, "dass sich viele Menschen im Vereinigten Königreich der EU nahe fühlen. Für sie steht zu hoffen, dass es nicht zu einem ungeordneten Ausscheiden des Landes aus der EU kommt", so Kuhle.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-113721/brexit-erhoeht-in-grossbritannien-nachfrage-nach-wiedereinbuengerung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619